

Protokoll

der Sitzung vom

15. März 2002

im Rathaus zu Freiburg

Vorsitz: Katharina Hürlimann, Präsidentin

Anwesend sind 111 Verfassungsrätinnen und Verfassungsräte.

Entschuldigt sind Martine Banderet, Marie Garnier, Isabelle Overney, Marianne Terrapon, Pierre Aeby, Henri Baeriswyl, Michel Bapst, Anton Brülhart, Joseph Buchs, Benoît Chardonnens, Auguste Dupasquier, Joseph Eigenmann, David Hunziker, Jean-Claude Mailard, Eric Menoud, Félicien Morel, Daniel de Roche, Philippe Remy und Olivier Suter.

1. Eröffnung der Sitzung und Mitteilungen

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung um 8.37 Uhr. Sie gibt den Rücktritt von Benoît Chardonnens bekannt und teilt mit, dass die Diskussion über die Vernehmlassung auf den zweiten Sitzungsteil angesetzt ist.

2. Prüfung des ersten Teils der Thesen der Kommission 4

2.1. Mündlicher Bericht des Berichtstatters der Kommission

Frédéric Sudan gibt eine Einführung zu den Thesen von Kommission 4.

2.2. Eintretensdebatte

Die Präsidentin fragt, ob jemand gegen das Eintreten ist.

Das Wort wird nicht verlangt. Es wird Eintreten beschlossen.

2.3. Detailberatung der Thesen

Motion populaire (Thesen 4.1)

Marie-Claire Pharisa befürwortet im Namen der FDP-Fraktion die Volksmotion, doch nur mit 500 Unterschriften.

Ueli Johner befürwortet im Namen der SVP-Fraktion die Volksmotion, doch nur mit 1000 Unterschriften.

Erika Schnyder befürwortet im Namen der SP-Fraktion die Volksmotion. Sie beantragt eine Senkung der Unterschriftenzahl auf 100.

Hubert Carrel tritt im Namen der Fraktion Öffnung und **Alex Glardon** im Namen der CVP-Fraktion für die These der Kommission ein.

Sophie Bugnon unterstützt den Antrag der SP-Fraktion im Namen der Bürger-Fraktion.

Alexandre Grandjean ist gegen eine zu hohe Unterschriftenzahl.

Frédéric Sudan erinnert daran, dass 300 eine Kompromisslösung war.

Die Präsidentin lässt abstimmen (4.1.1): 24 “grün” (Antrag der SVP-Fraktion); 67 “rot” (Antrag der FDP-Fraktion); 8 Enthaltungen.

Die Präsidentin kommt zur nächsten Abstimmung (4.1.1): 56 “grün” (Antrag der FDP-Fraktion) ; 47 “rot” (Antrag der SP-Fraktion) ; 4 Enthaltungen.

Die Präsidentin kommt zur letzten Abstimmung (4.1.1): 26 “grün” (Antrag der FDP-Fraktion) ; 82 “rot” (These der Kommission); 0 Enthaltung.

Die Thesen der Kommission werden gutgeheissen.

Droit de pétition (Thesen 4.2)

Anna Petrig stellt den Antrag der SP-Fraktion vor: “Die zuständige Behörde ist verpflichtet, innert angemessener Frist, jedoch vor Ablauf eines Jahres, eine begründete Antwort zu geben.” (“ L’autorité compétente doit donner une réponse motivée dans un délai raisonnable, pendant avant l’écoulement d’une année. ”)

Joseph Rey unterstützt den Antrag der SP-Fraktion im Namen der CSP-Fraktion.

Laetitia Deiss spricht sich im Namen der CVP-Fraktion gegen die Festlegung einer Frist aus.

Frédéric Sudan tritt ein letztes Mal für die Thesen der Kommission ein.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 47 “grün” (Antrag der SP-Fraktion); 60 “rot” (Thesen 4.2.1 und 4.2.2); 1 Enthaltung.

Die Thesen der Kommission werden gutgeheissen.

Droit de cité (Thesen 4.3)

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die Thesen der Kommission werden gutgeheissen.

Initiative (Thesen 4.4 sowie 5.2.3.29⁴ und 5.2.3.29⁵)

Peter Jaeggi stellt die beiden Thesen der Kommission 5 vor. Da sie diesbezüglich den Thesen der Kommission 4 entsprechen, fordert er den Verfassungsrat auf, diese zu unterstützen.

Die Thesen der Kommission 4 werden gutgeheissen.

Référendum législatif (Thesen 4.5)

Frédéric Sudan stellt die Thesen vor. Er erklärt, dass im neuen Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte zusätzlich eine dreissigtägige Frist zur Ankündigung eines Referendumsbegehrens festgelegt wurde (mit mind. 50 Unterschriften; s. Art. 130 und 131 PRG).

Regula Brülhart stellt die Minderheitsthese 4.5.1^{bis} vor.

Gerhard Merz unterstützt die These 4.5.1 im Namen der FDP-Fraktion.

Mélanie Maillard tritt im Namen der Bürger-Fraktion und **Michelle Chassot** im Namen der SP-Fraktion für die Minderheitsthese 4.5.1^{bis} ein.

Laetitia Deiss tritt im Namen der CVP-Fraktion für die Beibehaltung der geltenden Bedingungen ein.

Joseph Binz unterstützt die Minderheitsthese 4.5.1^{bis}.

Placide Meyer äussert seine Bedenken zur Art und Weise, wie Unterschriften gesammelt werden (bezahlte Unterschriftensammler, Unterschriftensammlung vor dem Supermarkt am Samstagmorgen usw.).

Eva Ecofey geht auf dieses Votum ein; sie möchte nicht, dass die politischen Rechte zu stark eingeschränkt werden.

Alexandre Grandjean unterstützt die Minderheitsthese 4.5.1^{bis}.

Frédéric Sudan unterstützt die Thesen der Kommission.

Die Präsidentin lässt abstimmen : 52 “grün” (4.5.1^{bis}); 59 “rot” (4.5.1); 0 Enthaltungen.

Die Thesen der Kommission werden gutgeheissen.

Clause d'urgence (Thesen 4.7)

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die Thesen der Kommission werden gutgeheissen.

Konstruktives Referendum (Thesen 4.8)

Sophie Bugnon stellt die Minderheitsthese 4.8^{bis} vor.

Jean-Bernard Repond unterstützt im Namen der Fraktion Öffnung das konstruktive Referendum.

Denis Boivin spricht sich im Namen der FDP-Fraktion gegen das konstruktive Referendum aus. Er verweist auf das Nein bei der eidgenössischen Abstimmung vom 24. September 2000.

Rose-Marie Ducrot ist im Namen der CVP-Fraktion gegen das konstruktive Referendum.

Stéphane Sugnaux unterstützt im Namen der SP-Fraktion das konstruktive Referendum, insbesondere These 4.8.^{bis}2.

Françoise Ducrest unterstützt im Namen der Bürger-Fraktion das konstruktive Referendum.

Philippe Pasquier ist für das konstruktive Referendum.

Nicolas Grand fragt sich, ob das neue Instrument nur auf Gesetze anwendbar ist oder auch auf Verfassungsänderungen.

Alexandre Grandjean und **Stéphane Sugnaux** treten für das konstruktive Referendum ein.

Frédéric Sudan unterstützt den Antrag der Kommission.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 46 “grün” (konstruktives Referendum); 62 “rot” (kein konstruktives Referendum); 3 Enthaltungen.

Die Grundsatzthese der Kommission wird gutgeheissen. Das konstruktive Referendum wird abgelehnt.

Droits populaires communaux

These 4.9

Frédéric Sudan stellt die These vor. Die in dieser These getroffene Unterscheidung ist für die Thesen 4.11 und 4.13 unerheblich.

Erika Schnyder beantragt im Namen der SP-Fraktion die Streichung dieser These, da sie irreführend formuliert ist.

Frédéric Sudan unterstützt die These 4.9.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 74 “grün” (These 4.9); 32 “rot” (Streichung); 2 Enthaltungen.

Die These 4.9. wird gutgeheissen.

These 4.10

Laetitia Deiss stellt den Antrag der CVP-Fraktion vor: “in der Verfassung” (“ au niveau constitutionnel ”) hinzufügen.

Frédéric Sudan wendet sich nicht gegen diesen Antrag, der redaktioneller Art ist.

Die These 4.10 wird gutgeheissen.

Die Sitzung wird um 10.10 Uhr vertagt und um 10.40 wieder aufgenommen.

3. Vernehmlassungsverfahren

Christian Levrat stellt den Ordnungsantrag vor, den er mit den Fraktionspräsidenten einreicht: “(1) Der Vorschlag des Büros betreffend die Vernehmlassung wird zurückgewiesen. (2) Der Ordnungsantrag der CVP wird dem Büro zur Überprüfung übertragen. (3) Das Büro wird den Vorschlag der CVP, welchen es gründlich und objektiv studiert hat, und gegebenenfalls einen Alternativvorschlag in die Tagesordnung der Aprilsession aufnehmen. (4) Die Fraktionspräsidenten nehmen an den betreffenden Bürositzungen teil.” (“(1) La proposition du Bureau sur la consultation est renvoyée. (2) La proposition du PDC est transmise au Bureau pour examen. (3) Le Bureau mettra à l’ordre du jour de la session d’avril la proposition PDC, analysée en profondeur de manière objective, ainsi cas échéant qu’une proposition alternative. (4) Les chefs de groupe participent aux séances du Bureau consacrées à cet objet.”). Der Ordnungsantrag der CVP-Fraktion stand nicht auf der Tagesordnung, und darüber muss im Büro diskutiert werden können.

Laurent Schneuwly führt aus, dass es der CVP-Fraktion um eine Diskussion über das Vernehmlassungsverfahren ging. Nach Rücksprache kann sie sich dem Ordnungsantrag der Fraktionspräsidenten anschliessen. Ihren Antrag zur Vernehmlassung eines Vorentwurfs wird die CVP-Fraktion während der Aprilsession verfechten.

Auch nach **Peter Jaeggis** Ansicht muss man sich eingehend mit dem Antrag der CVP-Fraktion auseinandersetzen.

Martin Ott wünscht einen Fragebogen im Vernehmlassungsdossier.

Jacques Repond erklärt, dass der Verfassungsrat die Tagesordnung ändern kann (Art. 41 Abs. 1 der Geschäftsordnung). Darüber muss heute bestimmt werden.

Christian Levrat liest darauf Art. 42 der Geschäftsordnung vor. Er wiederholt, dass die Frage gründlich geprüft werden sollte.

Erika Schnyder tritt gegen den Antrag von Jacques Repond ein.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 94 “grün” (Antrag der Fraktionspräsidenten); 8 “rot” (Ablehnung); 4 Enthaltungen.

Der Ordnungsantrag der Fraktionsführer wird gutgeheissen.

2.3. Detailberatung der Thesen der Kommission 4 (Fortsetzung)

These 4.11

Frédéric Sudan stellt die These vor, die für alle Gemeinden gilt (unabhängig davon, ob ein Generalrat besteht). Im Petitionsrecht wäre das Recht auf Antwort eingeschlossen.

Laetitia Deiss beantragt im Namen der CVP-Fraktion, “in der Verfassung”“ (au niveau constitutionnel ”) hinzuzufügen.

Frédéric Sudan schliesst sich dem Antrag der CVP-Fraktion an.

Die These 4.11 wird angenommen.

Thesen 4.12 und 4.12^{bis}

Frédéric Sudan stellt die These 4.12 vor.

Michelle Chassot stellt die Minderheitsthese 4.12^{bis} vor.

Christine Müller stellt den Antrag der SP-Fraktion vor: “Die Generalräte sollen neu das Motionsrecht erhalten. Dieses soll analog zu den Anträgen auf Gesetzesstufe im Grossen Rat Anträge auf Reglementsstufe der Gemeinden ermöglichen. Das Motionsrecht soll auch für Finanzfragen gelten. Es soll den Gemeinden freigestellt werden, ob sie das Motionsrecht einführen wollen. Die Begründung erfolgt mündlich.” (“ Les conseillers généraux doivent avoir nouvellement le droit de motion. Celui-ci doit permettre, de manière analogue aux propositions faites en Grand Conseil au niveau législatif, des propositions au niveau des règlements des communes. Le droit de motion doit aussi valoir pour les questions financières. Les communes doivent rester libres d’introduire ou non le droit de motion. La motivation est donnée oralement. ”).

Laetitia Deiss unterstützt die These 4.12 im Namen der CVP-Fraktion.

Sophie Bugnon unterstützt die Minderheitsthese 4.12^{bis} sowie den Antrag der SP-Fraktion im Namen der Bürger-Fraktion.

Martin Ott unterstützt im Namen der FDP-Fraktion die These 4.12.

Regula Brülhart unterstützt im Namen der CSP-Fraktion die Minderheitsthese 4.12^{bis}.

Philippe Wandeler unterstützt den Antrag der SP-Fraktion.

Jean-Bernard Repond spricht sich im Namen der Fraktion Öffnung gegen diesen Antrag aus.

André Schoenenweid unterstützt These 4.12, doch lehnt er den Antrag der SP-Fraktion ab.

Erika Schnyder erläutert noch einmal den Zweck des Antrags der SP-Fraktion.

Jean-Bernard Repond erklärt, welche Möglichkeiten den Generalräten von Bulle und La Tour-de-Trême offen stehen.

Martial Pittet bestätigt, dass das von der SP-Fraktion geforderte neue Instrument in der Praxis bereits existiert – auch wenn dies nicht dem Gemeindegesetz entspricht. Daher sieht er keinen Grund, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen.

André Schoenenweid tritt noch einmal gegen den Antrag der SP-Fraktion ein.

Christine Müller unterstützt noch einmal den Antrag der SP-Fraktion.

Frédéric Sudan spricht sich ein letztes Mal für die These 4.12 aus. Die Kommission hat über den Antrag der SP-Fraktion nicht diskutiert; persönlich lehnt ihn F. Sudan ab.

Die Präsidentin lässt abstimmen (Volksmotion): 43 “grün” (These 4.12^{bis}); 64 “rot” (These 4.12); 3 Enthaltungen.

Die Präsidentin kommt zur nächsten Abstimmung: 40 “grün” (Antrag der SP-Fraktion); 62 “rot” (Ablehnung); 5 Enthaltungen.

These 4.12 wird gutgeheissen.

These 7.4.3

Laurent Schneuwly stellt die These vor. Sie betrifft ausschliesslich Volksrechte *im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden*. Es geht nicht um Gemeindevolksrechte. Das ist der zweite Vorschlag der Kommission 7, um das Demokratiedefizit zu beheben. Der Verfassungsrat hat am Vortag die These 7.4.2 abgelehnt.

Joseph Rey stellt seinen Antrag auf Aufnahme eines neuen Satzes am Ende der These vor: “Die Teilnahme an Kommissionen darf aus Altersgründen bei Rentnern nicht eingeschränkt werden.” (“ La participation aux commissions ne peut pas être restreinte pour raison d’âge aux retraités. ”).

Michel Bavaud ist gegen den Antrag von Joseph Rey.

Denis Boivin wirft J. Rey vor, während dieser Session zu viele Änderungsanträge eingereicht zu haben. Er möchte, dass sich dieser in Zukunft zuerst mit seiner Fraktion bespricht.

Philippe Wandeler tritt für das Recht jedes Verfassungsratsmitglieds ein, Anträge zu stellen. Er stimmt Joseph Reys Antrag zu. Wohl muss er letztendlich anderswo aufgeführt werden, doch ist er unterstützenswert.

Erika Schnyder ist schockiert. Jeder hat das Recht, Anträge einzubringen. Sie tritt für Joseph Reys Antrag ein, wobei er anderswo zum Tragen kommen könnte.

Auch **Rose-Marie Ducrot** ist schockiert.

Jean-Bernard Repond unterstützt Joseph Reys Antrag aus Solidarität.

Patrik Gruber ist gegen ein Höchstalter und unterstützt den Antrag von Joseph Rey. Allerdings sollte er als unabhängige These aufgenommen werden.

Denis Boivin führt aus, dass er niemanden schockieren wollte, und entschuldigt sich. Er hätte dies J. Rey direkt sagen sollen.

Placide Meyer unterstützt im Namen der CVP-Fraktion die These 7.4.3 mit dem Änderungsantrag von Joseph Rey.

Laurent Schneuwly unterstützt die These der Kommission sowie den Antrag von Joseph Rey, doch als unabhängige These.

Die Präsidentin lässt abstimmen : 76 “grün” (Antrag von Joseph Rey als unabhängige These); 16 “rot” (Ablehnung); 12 Enthaltungen.

Die These 7.4.3 und Joseph Reys Änderungsantrag werden gutgeheissen.

These 4.13

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die These wird gutgeheissen.

4. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin begrüsst Julia Brügger, zukünftige Mitarbeiterin im Sekretariat. *Applaus*. Sie grüsst und dankt Reynold Pauchard, der seiner letzten Verfassungsratssitzung beiwohnte. *Applaus*.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung um 11.45 Uhr.

Freiburg, den 15. März 2002

Die Präsidentin:

Katharina Hürlimann

Der Tagessekretär:

Pierre Scyboz